

**Sitzung des Hauptausschusses am 23.05.2019:
TOP 13 Verwaltungsangelegenheiten**

Auf die nachfolgenden zehn festgesetzten, noch nicht beglichenen kommunalen Erstattungsforderungen aus Verpflichtungsermächtigungen nach den §§ 68, 68a Aufenthaltsgesetz im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme in Höhe von insgesamt 26.707,29 € wurde verzichtet:

BG	Datum VE	Gesamt	Kommune	Beglichen	Offen	Stand des Verfahrens
10128	1.11.14	4.611,10 €	1.198,00 €	550,35 €	647,65 €	Teilabhilfe wegen Härtefall (VG ist verunglückt und kann Erwerbseinkommen in der Höhe nicht mehr erzielen) ursprüngliche Forderung (12.290,81 €) gemindert, da ab 01.01.2016 nicht mehr in Anspruch zu nehmen, VG zahlt in Raten (noch 3.611,10 EUR offen)
12031	20.10.14	18.289,13 €	4.479,02 €	- €	4.479,02 €	Klageverfahren läuft, z. Zt. ruhend gestellt bis Entscheidung im Parallelverfahren
12172	1.7.15	18.621,84 €	4.736,57 €	333,62 €	4.402,95 €	Widerspruch zurückgewiesen, keine Klage; VG zahlt in Raten (EUR 300,00)
12367	2.3.15	15.212,94 €	5.880,82 €	- €	5.880,82 €	Widerspruch durch RA jeweils eingelegt, Klageverfahren läuft, Leistungsverzicht ab 04/2017; seit 01.05.2018 wieder im Bezug
12393	2.3.15	8.716,58 €	2.055,68 €	- €	2.055,68 €	Widerspruch durch RA jeweils eingelegt, Klageverfahren läuft, Leistungsverzicht ab 04/2017; seit 01.04.2018 wieder im Bezug
12424	2.3.15	8.798,90 €	2.511,00 €	- €	2.511,00 €	Widerspruch durch RA jeweils eingelegt, Klageverfahren läuft, Leistungsverzicht ab 04/2017; weiterer AuE für 09/16 bis 03/17 (noch kein WS); seit 01.05.2018 wieder im Bezug
12825	2.3.15	7.357,60 €	1.715,08 €	- €	1.715,08 €	Widerspruch durch RA jeweils eingelegt, Klageverfahren läuft, Leistungsverzicht ab 04/2017; seit 01.05.2018 wieder im Bezug
12826	2.3.15	8.035,24 €	1.869,72 €	- €	1.869,72 €	Widerspruch durch RA jeweils eingelegt, Klageverfahren läuft, Leistungsverzicht ab 04/2017; seit 01.04.2018 wieder im Bezug
13336	1.6.16	1.299,50 €	494,26 €	25,97 €	468,29 €	Widerspruch zurückgewiesen, keine Klage; VG zahlt in Raten (50,00 €)
16002	6.8.15	11.449,38 €	2.677,08 €	- €	2.677,08 €	Erstattungsverfahren eingeleitet, keine Rechtsmittel, Inkasso hat den Fall ans HZA abgegeben, Beitreibung läuft
Gesamt		117.546,15 €	27.887,53 €	1.180,24 €	26.707,29 €	

Sachverhalt:

Die Bundesagentur für Arbeit hat nach vorheriger Abstimmung mit den Bundesministerien für Arbeit und Soziales, der Finanzen und des Inneren mit Wirkung vom 01.03.2019 für die gemeinsamen Einrichtungen/Jobcenter eine neue Weisung zum Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen nach den §§ 68, 68a Aufenthaltsgesetz im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme erlassen (siehe Anlage).

Bisher sah die Weisung vom 26.03.2018 vor, Forderungen aus Verpflichtungserklärungen festzusetzen, dann aber sofort niederzuschlagen. Da die Bundesagentur nicht über Forderungen des Kreises als kommunalen Träger

verfügen kann, wurde dem Jobcenter 2018 auf Nachfrage mitgeteilt, dass die kommunalen Forderungen nicht befristet niederzuschlagen sind.

Die neue Weisung stellt klar, dass die grundsätzliche Auffassung des Bundesverfassungsgerichts entsprechend dem Urteil vom 26.01.2017 zwar ist, dass die Verpflichtungserklärung auch nach Erteilung eines anderweitigen Aufenthaltstitels fortwirkt. Trotzdem gebe es eine unklare Rechtslage, insbesondere in der Hinsicht, dass zumindest drei Bundesländer (NRW, Hessen und Niedersachsen) eine andere Rechtsauffassung vertraten, diese auch gegenüber den Verpflichtungsgebern kommuniziert, die daher z.T. vor den Verwaltungsgerichten Recht bekamen.

Die Bundesagentur für Arbeit weist nunmehr alle gemeinsamen Einrichtungen/Jobcenter an, Forderungen aus Verpflichtungserklärungen nach Maßgabe der neuen Weisung erneut zu prüfen:

- Der Anwendungsbereich ist beschränkt auf Fälle mit einer Verpflichtungserklärung vor dem 06.08.2016 sowie
- Verpflichtungserklärungen, die im Zusammenhang mit Landesaufnahmeanordnungen abgegeben wurden.

In diesen Fällen ist von einer Heranziehung abzusehen, wenn eine der nachstehenden Voraussetzungen vorliegt:

- Die Landesaufnahmeanordnung sah ausdrücklich eine beschränkte Haftung bis zur Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft/subsidiären Schutz oder eine entsprechende Auskunft wurde dem Verpflichtungsgeber durch eine Behörde oder in Pressemitteilungen o.ä. erteilt.
- Die Verpflichtungserklärung wurde auf einem bundeseinheitlich verwendeten Formular abgegeben, das eine Haftung „bis zur Beendigung des Aufenthaltes oder der Erteilung eines Aufenthaltstitels zu einem anderen Zweck“ vorsah.
- Der Verpflichtungsgeber war zum Zeitpunkt der Abgabe der Verpflichtungserklärung nicht leistungsfähig.

Die Weisung der Bundesagentur für Arbeit unterscheidet zwar wiederum nicht zwischen Bundes-(Grundsicherung) und kommunalen Finanzmitteln (Kosten der Unterkunft), kann sich aber wegen der Zuständigkeiten nur auf Bundesmittel beziehen.

Entsprechend der Weisung der Bundesagentur für Arbeit wird das Jobcenter Rendsburg-Eckernförde davon absehen, in den zehn genannten Fällen (siehe Beschlussvorschlag) die Bundesforderungen in Höhe von insgesamt 86.285,75 € weiter geltend zu machen und somit auf diese verzichten. In allen genannten Fällen wurden die Verpflichtungserklärungen vor dem 06.08.2016 im Zusammenhang mit Landesaufnahmeanordnungen und auf einem bundeseinheitlich verwendeten Formular abgegeben, das eine Haftung „bis zur Beendigung des Aufenthaltes oder der Erteilung eines Aufenthaltstitels zu einem anderen Zweck“ vorsah. Vor Erlass der Weisung durch die Bundesagentur für Arbeit wurde ein entsprechender politischer Konsens auf Bundesebene erzielt.

Der Verzicht auf die oben genannten kommunalen Erstattungsforderungen ermöglicht dem Jobcenter, mit Erstattungsforderungen aus Verpflichtungsermächtigungen nach den §§ 68, 68a Aufenthaltsgesetz im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme gleichmäßig in Bezug auf Bundes- und kommunale Finanzmittel umzugehen.

23.05.2019 Jeske-Paasch

Weisung 201903003 vom 01.03.2019 – Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen nach §§ 68, 68a Aufenthaltsgesetz im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme

Laufende Nummer:	201903003
Geschäftszeichen:	GR 1 – AZ: II-1101 / CF 2 – AZ: 3450
Gültig ab:	01.03.2019
Gültig bis:	unbegrenzt
SGB II:	Weisung
SGB III:	nicht betroffen
Familienkasse:	nicht betroffen

Mit der Weisung werden Regelungen zum Umgang mit den Erstattungsforderungen aus Verpflichtungserklärungen, die im Rahmen der Landesaufnahmeanordnungen vor dem 06.08.2016 abgegeben wurden (sog. Altfälle), getroffen.

1. Ausgangssituation

Im Rahmen der Beantragung eines Aufenthaltstitels kann eine Verpflichtungserklärung gemäß § 68 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) verlangt werden, wenn der Ausländer selbst nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt zu sichern und die Sicherung des Lebensunterhaltes zwingende Voraussetzung für die Erteilung des Aufenthaltstitels ist. Im Rahmen der Landesaufnahmeprogramme erhielten aus Syrien geflüchtete Personen Aufenthaltserlaubnisse nach § 23 Absatz 1 AufenthG. Einige dieser Personen stellten nach der Einreise in das Bundesgebiet dennoch einen Asylantrag; in diesen Fällen erhielten sie Aufenthaltsgestattungen nach § 55 Asylgesetz (AsylG). Sowohl Aufenthaltserlaubnisse nach § 23 Absatz 1 AufenthG wie auch § 55 AsylG berechtigten noch nicht zum Leistungsbezug nach dem SGB II (vgl. § 7 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 SGB II, § 1 Absatz 1 Nummer 1, Buchstabe a AsylbLG). Nach positivem Abschluss des Asylverfahrens wurde den betroffenen Personen ein Aufenthaltstitel nach den Vorschriften der § 25 Abs. 1, 2 oder 3

AufenthG erteilt, der zum Bezug von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) berechtigt.

Die Verpflichtungserklärung wirkt auch nach Erteilung eines Aufenthaltstitels aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen oder durch Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft bzw. subsidiären Schutzes fort. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG, Urt. v. 26.01.2017 - 1 C 10.16) zwischenzeitlich bestätigt und wurde durch das Integrationsgesetz (IntG) mit Wirkung zum 06.08.2016 klargestellt. Für die sog. Altfälle (Abgabe der Erklärung vor dem Inkrafttreten des Integrationsgesetzes) wurde die Dauer der Verpflichtungserklärung auf drei Jahre begrenzt (§ 68a AufenthG).

Bis zum Inkrafttreten des IntG und der Entscheidungen des BVerwG herrschte hinsichtlich der Dauer der Haftung aus Verpflichtungserklärungen eine unklare Rechtslage. Die für die Abgabe von Verpflichtungserklärungen verwendeten Vordrucke sahen regelmäßig eine Haftung „bis zur Beendigung des Aufenthaltes [...] oder bis zur Erteilung eines Aufenthaltstitels zu einem anderen Aufenthaltzweck“ vor. Einige Landesministerien und -behörden vertraten die Rechtsauffassung, dass ein Aufenthaltstitel für im Rahmen von Landesaufnahmeprogrammen aufgenommene Flüchtlinge nach § 23 Abs. 1 AufenthG bzw. Aufenthaltsgestattungen im Asylverfahren nach § 55 AsylG im Vergleich zu einem Aufenthaltstitel für anerkannte Asyl- und international Schutzberechtigte nach § 25 Abs. 1 und 2 AufenthG einen anderen Aufenthaltzweck begründe und die Gültigkeitsdauer einer Verpflichtungserklärung damit ende. Diese Rechtsauffassung vertraten bis zur Entscheidung des BVerwG u. a. auch die Länder Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Aufgrund dieser unklaren Rechtslage waren sich Verpflichtungsgeber der tatsächlichen Geltungsdauer der von ihnen abgegebenen Verpflichtungserklärungen vielfach nicht bewusst.

In zahlreichen Fällen klagen Verpflichtungsgeber gegen ihre Haftung auch für Leistungen nach dem SGB II. Vielfach geben die Verwaltungsgerichte (VG) den Klägern Recht. Sie verweisen - mit im Detail unterschiedlichen Begründungen - darauf, dass die Verpflichtungsgeber mit Blick insbesondere auf die unterschiedlichen Rechtsauffassungen der beteiligten Stellen davon ausgehen durften, nur für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) haften zu müssen, nicht aber auch für Leistungen nach dem SGB II (d. h. Leistungen nach dem sog. Rechtskreiswechsel). In diesen Fällen sei eine Heranziehung der Verpflichtungsgeber allenfalls im Ermessenswege möglich.

Im Zuge der bislang ergangenen gerichtlichen Entscheidungen hat die BA in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales die gemeinsamen Einrichtungen (gE) mit



Weisung vom 26.03.2018 angewiesen, die Forderungen aus den Verpflichtungserklärungen festzusetzen, sodann aber vorläufig niederzuschlagen.

2. Auftrag und Ziel

Im Interesse einer rechtssicheren und abschließenden Lösung der oben umrissenen Probleme erlässt die BA in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Inneres, für Bau und Heimat diese Weisung.

Diese Weisung dient der Vereinfachung im Bearbeitungsprozess. Mit ihr werden Handreichungen bereitgestellt, wie mit den Forderungen aus Verpflichtungserklärungen umzugehen ist. Der Anwendungsbereich dieser Weisung ist auf die sog. Altfälle reduziert; weiter gilt sie nur im Zusammenhang mit den Landesaufnahmeanordnungen.

3. Einzelaufträge

Mit Weisung vom 26.03.2018 wurden die gE aufgefordert, Forderungen aus Verpflichtungserklärungen gemäß § 68 AufenthG fristwährend durchzusetzen und die Forderungen vorläufig niederzuschlagen.

Forderungen aus Verpflichtungserklärungen sind nach Maßgabe dieser Weisung durch die gE zu prüfen und zu bescheiden. Dies gilt für bereits festgesetzte (bestandskräftige und noch nicht bestandskräftige Bescheide) wie auch für noch nicht festgesetzte Forderungen. Es ergibt sich folgendes Verfahren:

I. Der Anwendungsbereich der Weisung ist beschränkt auf die nachstehenden Fälle:

1. Verpflichtungserklärungen, die vor dem 06.08.2016 abgegeben wurden und somit eine beschränkte Haftungsdauer von drei Jahren haben, und
2. Verpflichtungserklärungen, die im Zusammenhang mit Landesaufnahmeanordnungen abgegeben wurden. Die Ausländerinnen und Ausländer, auf die sich die Verpflichtungserklärungen jeweils bezogen, müssen also mit einem auf Grundlage einer Landesaufnahmeanordnung erteilten Visum in das Bundesgebiet eingereist sein.

II. Sofern einer der nachstehenden Fälle der Nummern 1 bis 3 vorliegt, ist das Ermessen dahingehend auszuüben, dass von einer Heranziehung abzusehen ist:

1. Die einschlägige Landesaufnahmeanordnung sah eine Beschränkung der Haftung auf den Zeitpunkt der Zuerkennung internationalen Schutzes durch

das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bzw. der Erteilung eines entsprechenden Aufenthaltstitels durch die Ausländerbehörde vor, die Verpflichtungserklärung enthielt eine entsprechende Beschränkung der Haftung aber nicht (vgl. Oberverwaltungsgericht NRW, Urt. v. 08.12.2017 - 18 A 1125/16, zur Aufnahmeanordnung des Landes Rheinland-Pfalz v. 30.08.2013). Entsprechendes gilt, wenn die zuständige oberste Landesausländerbehörde oder eine andere Behörde anderweitig verlautbart hat, dass die Haftung aus Verpflichtungserklärungen entsprechend begrenzt sein soll, etwa in entsprechenden Erlassen (vgl. VG Osnabrück, Urt. v. 04.06.2018 - 7 A 128/17), Antworten auf Anfragen aus dem Landtag (vgl. VG Hannover, Urt. v. 27.04.2018 - 12 A 60/17), in Verwaltungsvorschriften der Länder, in Pressemitteilungen oder auf Bürgeranfragen. Dies ist konkret für Verpflichtungserklärungen der Fall, die in Bezug auf die Landesaufnahmeprogramme der Länder Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen erklärt wurden oder in Bezug auf anderweitige Landesaufnahmeprogramme gegenüber einer Ausländerbehörde der vorgenannten Länder abgegeben worden waren.

2. Die Verpflichtungserklärung wurde auf dem bundeseinheitlich verwendeten oder einem inhaltlich entsprechenden Formular abgegeben, das eine Haftung „bis zur Beendigung des Aufenthaltes [...] oder bis zur Erteilung eines Aufenthaltstitels zu einem anderen Aufenthaltzweck“ vorsah (Bundesdruckerei, Ausgabe 2011, Art.-Nr. 10150); dies gilt auch, soweit Anpassungen auf dem bundeseinheitlich verwendeten oder einem inhaltlich entsprechenden Formular erfolgten, die nicht die Dauer der Haftung betrafen. Dies gilt nicht, wenn die Ausländerbehörde den Verpflichtungsgeber oder die Öffentlichkeit im Ganzen nachweislich darüber aufgeklärt hat, dass die Haftung über den Rechtskreiswechsel hinaus andauert.
3. Im Zeitpunkt der Abgabe der Verpflichtungserklärung war der Verpflichtungsgeber finanziell nicht ausreichend leistungsfähig. Hiervon ist auszugehen, wenn der Verpflichtungsgeber:
 - a) In dem Zeitpunkt, in dem er die Verpflichtungserklärung abgegeben hat, selbst Leistungen nach dem SGB II, dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII), AsylbLG oder Kinderzuschlag bezogen hat. Dies ist durch Vorlage der entsprechenden Bewilligungsbescheide nachzuweisen.



b) In dem Jahr, in dem er die Verpflichtungserklärung abgegeben hat, kein zu versteuerndes Einkommen erzielt hat. Dies ist durch Vorlage des Einkommensteuerbescheides für das betreffende Jahr nachzuweisen.

c) Eine oder mehrere Verpflichtungserklärungen abgegeben hat, so dass die Summe seiner eigenen Bedarfe, der seiner Haushaltsangehörigen und der durch die Verpflichtungserklärung Begünstigten sein Einkommen in dem Jahr, in dem er die Verpflichtungserklärung abgegeben hat, deutlich überstieg. Das Einkommen ist durch Vorlage des Einkommensteuerbescheides für das betreffende Jahr nachzuweisen.

III. Im Übrigen ist die Haftung aus Verpflichtungserklärungen, die in den Anwendungsbereich dieser Weisung fallen, in zeitlicher Hinsicht beschränkt. Sie endet drei Jahre nach Einreise der Ausländerin bzw. des Ausländers (§§ 68 Absatz 1 Satz 1 und 2, 68a Satz 1 AufenthG).

IV. Verfahren:

1. Ist noch keine Erstattungsforderung festgesetzt worden, ist

a) die Ausländerbehörde zu ersuchen, gemäß § 68 Abs. 4 AufenthG die von dem Verpflichtungsgeber abgegebene Verpflichtungserklärung vorzulegen, soweit diese noch nicht bekannt ist.

b) dem Verpflichtungsgeber unter Fristsetzung Gelegenheit zu geben, zum zeitlichen Umfang der Haftung aus seiner Verpflichtungserklärung Stellung zu nehmen. Eine Anhörung ist nur dann erforderlich, sofern nicht bereits eine Entscheidung nach Aktenlage mit den bisher vorliegenden Informationen/Angaben des Kunden erfolgen kann. Sofern der Verpflichtungsgeber sich wegen einer zeitlichen Beschränkung seiner Haftung auf Landesaufnahmeprogramme, Erlasse, Weisungen oder sonstige Verlautbarungen der Ausländerbehörden beruft und diese noch nicht vorliegen, ist er aufzufordern, diese einzureichen.

In den Fällen des Punkt II Nummer 2 ist nach Aktenlage zu entscheiden, wenn keine Anhaltspunkte für das Vorliegen der in Punkt II Nummer 2 Satz 2 genannten Gründe bestehen, nach denen der Verpflichtungsgeber trotz Verwendung des bundeseinheitlichen oder eines inhaltsgleichen Formulars zur Haftung heranzuziehen ist.

Ergibt die Prüfung, dass von einer Heranziehung abzusehen ist, ist dies dem

Verpflichtungsgeber schriftlich mitzuteilen. Ergibt die Prüfung, dass dies nicht der Fall ist, ist eine Erstattungsforderung durch Verwaltungsakt festzusetzen und beizutreiben. In der Begründung des Festsetzungsbescheides ist darzustellen, weshalb kein Ermessen auszuüben war.

2. Ist bereits eine Erstattungsforderung festgesetzt, diese aber vorübergehend niedergeschlagen worden, ist der Verpflichtungsgeber entsprechend Punkt IV Nummer 1 Buchstabe b) anzuhören. Eine Anhörung ist nur dann erforderlich, sofern nicht bereits eine Entscheidung nach Aktenlage mit den bisher vorliegenden Informationen/Angaben des Kunden erfolgen kann. Ergibt die Prüfung, dass von einer Heranziehung abzusehen gewesen wäre, ist der Erstattungsbescheid durch Verwaltungsakt aufzuheben. Ergibt die Prüfung, dass dies nicht der Fall ist oder macht der Verpflichtungsgeber keine ausreichenden Angaben, um seinen Fall abschließend zu prüfen, ist die Erstattungsforderung beizutreiben.
3. Wenn die Vollstreckung einer festgesetzten Erstattungsforderung wegen der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs oder einer Klage ruht, ist entsprechend Punkt IV Nummer 2 zu verfahren. Soweit die Verpflichtungsgeber sich bereits im Klage- oder Widerspruchsverfahren zu den Gesichtspunkten im Sinne von Punkt IV Nummer 1 Buchstabe b) eingelassen hat, ist von einer erneuten Anhörung abzusehen.
4. Ist bereits eine Erstattungsforderung festgesetzt und auch bereits ganz oder teilweise beglichen oder beigetrieben worden, ist der Erstattungsbescheid nur auf Antrag des Verpflichtungsgebers erneut zu überprüfen. Die Rechtsgrundlage ergibt sich nicht aus dem Sozialgesetzbuch Zehntes Buch, sondern aus dem allgemeinen Verwaltungsverfahrenrecht. Auf einen solchen Antrag ist der Verpflichtungsgeber entsprechend Punkt IV Nummer 1 Buchstabe b) anzuhören. Ergibt die Prüfung, dass von einer Heranziehung abzusehen gewesen wäre, ist der Erstattungsbescheid durch Verwaltungsakt (Überprüfungsbescheid) aufzuheben; Zahlungen auf die Erstattungsforderung sind zurückzuerstatten. Ergibt die Prüfung, dass dies nicht der Fall ist, oder macht der Verpflichtungsgeber keine ausreichenden Angaben um seinen Fall abschließend zu prüfen, ist dies dem Verpflichtungsgeber durch Verwaltungsakt mitzuteilen (Überprüfungsbescheid).



V. Umsetzung

Die befristeten Niederschlagungen, die der Inkasso-Service auf Grundlage der ihm vorgelegten Niederschlagungsverfügungen zur Verpflichtungserklärung gem. §§ 68 und 68a AufenthG vorgenommen hat, werden zentral storniert und die Fälle werden zentral mit einer Mahnsperre (Mahnspergrund G - Kontakt mit Dienststelle) versehen.

Gemeinsame Einrichtungen, die die Serviceleistung O.8 nicht vereinbart haben, müssen die Abarbeitung der Einziehungsfälle aus Verpflichtungserklärungen gem. §§ 68 und 68a AufenthG in eigener Zuständigkeit sicherstellen.

VI. Dokumentation und Berichte

Das Ergebnis der Durchsetzbarkeit von Erstattungsforderungen nach § 68 AufenthG ist durch die gE zu dokumentieren.

Die RD haben der Zentrale an das Postfach des Fachbereichs GR 11 zu berichten. Als erster Berichtstermin ist der 30.09.2019 vorgesehen, ein letzter Bericht erfolgt am 31.01.2020. Das Berichtsformat wird in Kürze veröffentlicht.

4. Info

entfällt

5. Haushalt

entfällt

6. Beteiligung

entfällt

gez.

Unterschrift